

(Michael Schäfer)

Abgeordnetenhaus einen soliden Finanzierungsplan für dieses Geschäft vor! Das ist das Mindeste, was wir von Ihnen erwarten können.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Die Zielformulierung: Bis heute haben Sie nicht sagen können, was Sie klimapolitisch mit dem Gasnetz anstellen wollen – kein Wort dazu. Sie können noch nicht einmal entkräften, dass es klimapolitisch kontraproduktiv ist, das Gasnetz in Landeshand zu haben.

Risikoanalyse: Fehlanzeige. Dabei hat es wirtschaftliche Risiken – natürlich –, denn die Fachwelt – oder zumindest Teile davon – geht davon aus, dass das Gasnetz – nicht das Gas, sondern das Gasnetz – an Bedeutung verlieren wird. Das könnte dazu führen, dass auch der Verkaufspreis deutlich unter dem liegt, was man heute dafür zahlen muss.

Ein wirtschaftspolitisches Risiko besteht darin, dass die Rest-GASAG, die übrig bleibt, ohne Gasnetz kaum überlebensfähig wäre. Da geht es um 1 800 Mitarbeiter, und da sagt der Staatssekretär Gaebler im Hauptausschuss gestern: Naja, das ist ja ein Privatunternehmen; interessiert uns doch nicht, was mit diesen Mitarbeitern passiert!

[Staatssekretär Christian Gaebler: Das habe ich ausdrücklich nicht gesagt!]

Doch natürlich! Im Kern haben Sie das gesagt.

[Staatssekretär Christian Gaebler: Unglaublich!]

Die CDU hat vorgestern in den Medien mit großem Tamtam ein Gutachten zu den Parlamentsrechten platziert, was die Konzession des Gasnetzes angeht. Gestern im Hauptausschuss hat die Opposition geschlossen diese Rechte eingefordert. Und was macht die CDU? – Kein Wort! – Sie blasen sich auf wie ein Ochsenfrosch, und wenn es darauf ankommt, quaken Sie nicht, sondern Sie tauchen ab.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf von Oliver Friederici (CDU)]

Sie haben doch so viel Angst, die Macht, die Gestaltungsmacht zu verlieren, dass Sie das Gestalten schon längst aufgegeben haben.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Sie sind von Angst zerfressen!]

Wir wollen in den Ausschüssen diese Senatsvorlage qualifiziert beraten. Und wir erwarten deshalb von dem Senat: Stellen Sie dem Abgeordnetenhaus über die Sommerpause folgende Unterlagen zur Verfügung: einen Finanzierungsplan, der konkret durchgerechnet ist, eine klare Zielformulierung, die belegt, wie man Klimaziele mit dem Gasnetz erreichen kann, und eine Risikoanalyse, die von unabhängigen Gutachtern gemacht wird! Das ist das, was man bei einem Milliardengeschäft erwarten kann, dass man das sorgfältig prüft. Das wollen wir hier im Abgeordnetenhaus sorgfältig prüfen, und diese Unter-

lagen müssen Sie uns zur Verfügung stellen. Das können nur Sie, und das sollen Sie jetzt auch endlich machen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Schäfer! – Für die SPD-Fraktion hat nun das Wort der Herr Abgeordnete Scheider. – Bitte sehr!

Torsten Schneider (SPD):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie zu erwarten war, wird diese Debatte keine energiepolitische Debatte, und dass ich hier rede, trägt dem Rechnung.

[Allgemeiner Beifall –
Allgemeine Heiterkeit]

Aber ich habe mir vorgenommen, heute etwas zur Nachdenklichkeit anzuregen. Ich weiß nicht, ob das mit meiner Person auch in Verbindung gebracht werden kann.

[Christopher Lauer (PIRATEN):
Nicht zwingend!]

Ich würde mir wünschen, dass Sie ein bisschen der Nachdenklichkeit Rechnung tragen. Ich erwarte gar keinen Applaus, weil ich nämlich auch die Absicht habe, uns selbst zu kritisieren.

Ich glaube, es geht heute – und das ist jedenfalls der Gegenstand meines Redebeitrags – nicht um Energiepolitik, sondern es geht um den Grundsatz der Gewaltenteilung. Ich sehe in diesem gesamten Verfahren diesen Grundsatz unter Druck gebracht. Das beginnt im Senat. Wenn der Justizsenator sich zum obersten Richter aufspielt, dann ist dieser Grundsatz unter Druck. Deshalb ist das nicht vernünftig und nicht richtig, und ich bin sehr froh, dass das durch den Regierenden Bürgermeister bereinigt wurde.

[Beifall bei der SPD –
Andreas Otto (GRÜNE): Ah, ja! –
Stefan Gelbhaar (GRÜNE): Man redet nicht schlecht
über Abwesende!]

Wenn wir Abgeordnete nicht mehr in der Lage sind oder uns jedenfalls dem Verdacht aussetzen, dass wir dem Ansinnen von Interessierten, von Lobbyisten nicht mit der gebotenen Objektivität entgegentreten, sondern selbst den Eindruck erwecken – und das tun wir durch ambivalente Argumentationen –, dass es nicht mehr um das Gemeinwohl geht, dann ist dieser Grundsatz erneut unter Druck.

Dazu will ich Ihnen ein Beispiel geben: Hier wird gesagt, das Traditionsunternehmen GASAG – hundert und so und so viel Jahre – und die Arbeitnehmer der GASAG seien hier im Fokus. Diese Argumentation höre ich bei

(Torsten Schneider)

der ehemaligen Bewag, bei Vattenfall, einem Staatsunternehmen, nicht. Also wird das Einzelschicksal von Arbeitnehmern im politischen Diskurs ambivalent, und wir setzen uns unter Druck.

[Beifall bei der SPD –
Beifall von Christopher Lauer (PIRATEN) –
Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Die Argumentation ist uns überhaupt nicht egal, aber ich glaube, dass die Arbeitnehmerrechte hier nicht in Gefahr sind. Da haben wir eine unterschiedliche Wahrnehmung.

[Uwe Doering (LINKE): Glauben oder wissen?]

– Wir werden jedenfalls dafür sorgen, Herr Kollege Doering. Darauf können Sie sich verlassen. – Wenn wir energiepolitisch zwischen den Fraktionen innerhalb des Hauses für uns in Anspruch nehmen, die Perspektive des Mediums Gas in die eine wie in die andere Richtung festzulegen, dann schwingen wir uns hier zu Experten auf, die wir aber auch nicht sind. Da gibt es keine klare Vision: Ist Gas ein Zukunftsmedium, oder ist es das nicht?

[Zurufe von den GRÜNEN]

– Ich weiß ja, dass die Grünen da auch noch Gesprächsbedarf haben, obwohl Kollege Schäfer meint, er habe da einen einstimmigen Beschluss auf seiner Seite.

[Heiterkeit bei der SPD und den PIRATEN]

Wenn wir schon politisch entschiedene Sachverhalte hier jetzt erneut politisieren – in einem streng verrechtlichten Verfahren – und erneut aufrufen, dann machen wir uns als Haus unglaubwürdig. Wir haben diesen Weg – ich gebe zu: mit ordnungspolitisch verschiedenen Vorstellungen, bei SPD und CDU, innerhalb der Koalition und auch innerhalb des Hauses insgesamt – aber immerhin beschritten. Da gibt es Kompromisslösungen. Das Abgeordnetenhaus bzw. der Hauptausschuss hat die Kriterien zur Kenntnis genommen. Ich saß auf einem Podium, wo ein Bewerber ganz klar die Kriterien unter Druck gebracht hat. Wir haben eine Enquete-Kommission gegründet, die natürlich aus Oppositionssicht die Kriterien beleuchten soll, aber wir laufen Gefahr, das nicht mehr objektiv zu tun. Ich finde das sehr schwierig.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Ich habe ja auch das Gutachten der CDU-Fraktion gelesen, das da in der Presse ist und die selbstverständlichen Parlamentsrechte betont. Übrig bleibt davon ein Untersuchungsausschuss. Ich weiß nicht, ob das gewollt ist, ich finde es aber schwierig in dieser brisanten Auseinandersetzung. Das nutzt uns nicht – diese Ambivalenz und diese Wahrnehmung von Parlamentarismus. Das nutzt uns gar nichts.

In der PPP-Debatte – und damit will ich fast schon am Ende sein, denn ich wollte heute ja nur vorsichtig argumentieren – gab es einen zentralen Hebel, wie man diese Debatte zugunsten der Privaten sozusagen dreht, und das ist die Debatte über die Beweislast gewesen. In den Lan-

deshaushaltsordnungen und in der Bundeshaushaltsordnung steht, dass selbstverständlich private Projekte öffentliche Aufgaben übernehmen können, soweit sie das günstiger als die öffentliche Hand können. Ich glaube ja diese Prämisse nicht, und ich glaube, die Mehrheit glaubt das nicht. Das scheidet schon an der Gewinnorientierung. Der zentrale Hebel, das unter Druck zu bringen und Verhältnisse wie in Großbritannien zu haben, wo wir mit 15 Prozent brutto den Haushalt so gesteuert haben, war die Umkehr der Beweislast: Die öffentliche Hand sollte beweisen, dass sie es besser kann. – Wir sind dem entschieden entgegengetreten – völlig unter dem Radarschirm. Das war ein großer ordnungspolitischer Erfolg. Und hier verhält es sich – das sage ich jetzt zum Koalitionspartner – ganz genauso. Der Finanzsenator bzw. die Vergabestelle muss nicht beweisen, dass sie eine korrekte juristische Entscheidung getroffen hat, und wir, die wir uns politisch festgelegt haben, sind auf eine Signifikanzkontrolle ausgedehnt, denn auch wir sind keine Richter.

[Zuruf von Thomas Birk (GRÜNE)]

Wir wussten von Anfang an, dass dieses Verfahren einer juristischen Überprüfung unterzogen wird. Das war hier im Saal jedem klar. Deshalb sollten auch wir uns nicht zum Richter aufschwingen, sondern wir sollten korrekte politische Arbeit leisten.

Der letzte Punkt ist das Kartellamt. Das Kartellamt und auch die Obergerichte haben zehn Jahre lang dafür gesorgt – unter der politischen Prämisse, dass der Wettbewerb im Interesse des Gemeinwohls das beste Ergebnis erzielt –, auch Privaten Gelegenheit zu verschaffen, hier heranzukommen. Das Argument war immer, dass auch Newcomer eine Chance haben müssen. Das war die einzige Frage, die die SPD-Fraktion in der entsprechenden Anhörung hier an das Kartellamt gerichtet hat, und es war eine strikt suggestive und selbstverständlich eine rhetorische Frage. Auch hier muss das Newcomer-Argument gelten. Und wenn jetzt auch hier in diesen Instanzen, im Kartellamt und in Obergerichten – und das sage ich deutlich –, diese Sache jetzt anders bewertet wird, dann müssen auch diese Instanzen sich fragen – unter dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung –, ob sie berufen sind, Politik zu machen oder sich im Gemeinwohlinteresse an Recht und Gesetz zu halten. Wir, die SPD-Fraktion, sagen zu, dass wir das gründlich prüfen. Selbstverständlich sehen auch wir die politische Verantwortung bei der Vergabestelle, aber wir werden uns einer seriösen Prüfung zuwenden und uns an übrigen, polemischen Auseinandersetzungen nicht beteiligen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Schneider! – Für die Linksfraktion hat nun das Wort Herr Harald Wolf. – Bitte!